

Materielle Beschlusskontrolle im Aktienrecht

Eine Untersuchung der beweglichen Schranken des Aktionärsstimmrechts

von
Dr. Marcus Wandrey

1. Auflage

Materielle Beschlusskontrolle im Aktienrecht – Wandrey

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Aktiengesetz](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62983 9

beck-shop.de

Münchener Universitätsschriften

Reihe der Juristischen Fakultät

Herausgegeben

von

Claus-Wilhelm Canaris, Peter Lerche, Claus Roxin

Band 238

beck-shop.de

beck-shop.de

Materielle Beschlusskontrolle
im Aktienrecht

Eine Untersuchung der beweglichen Schranken
des Aktionärsstimmrechts

von

Dr. Marcus Wandrey



Verlag C. H. Beck München 2012

beck-shop.de

www.beck.de

D 6

ISBN 978 3 406 62983 9

© 2012 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str.7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

beck-shop.de

Meinen Eltern

beck-shop.de

beck-shop.de

Vorwort

Diese Arbeit hat im Sommersemester 2011 der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation vorgelegen. Rechtsprechung und Literatur wurden bis April 2011 berücksichtigt.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. *Hans Christoph Grigoleit* für die Betreuung der Arbeit und die großen Freiheiten, die er mir bei der Erstellung gewährt hat. Dank gebührt darüber hinaus Herrn Prof. Dr. *Mathias Habersack* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. *Claus-Wilhelm Canaris* danke ich für die Aufnahme der Dissertation in die Reihe der Münchener Universitätsschriften.

Ganz besonders danken möchte ich schließlich meiner Frau und meinen Eltern, ohne deren Geduld und Rückhalt diese Arbeit nicht entstanden wäre.

Berlin, im Dezember 2011

Marcus Wandrey

beck-shop.de

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
Erster Teil: Grundlagen der materiellen Beschlusskontrolle	9
§ 1. Geltungsgrund der materiellen Beschlusskontrolle	9
§ 2. Anknüpfungspunkt der materiellen Beschlusskontrolle	30
§ 3. Historische Entwicklung der materiellen Beschlusskontrolle	55
Zweiter Teil: Die beweglichen Schranken des Stimmrechts im Einzelnen ..	89
§ 1. Gemeinschafts- und verfassungsrechtliche Vorgaben für die materielle Beschlusskontrolle	89
§ 2. Die Inhalts sittenwidrigkeit (§ 241 Nr. 4 AktG)	101
§ 3. Das Sondervorteilsverbot (§ 243 II 1 AktG)	103
§ 4. Das allgemeine Sittengebot (§ 138 I BGB)	121
§ 5. Der Gleichbehandlungsgrundsatz (§ 53a AktG)	123
§ 6. Die Bindung der Aktionäre an den Gesellschaftszweck	141
§ 7. Die Treuepflicht zwischen den Aktionären	193
§ 8. Das Erfordernis sachlicher Rechtfertigung	273
§ 9. Zusammenfassung der Ergebnisse	319
Literaturverzeichnis	329

beck-shop.de

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
I. Einführung	1
II. Gegenstand der Untersuchung	2
1. Die Kontrolle von Hauptversammlungsbeschlüssen der Aktiengesellschaft	2
2. Die materielle Kontrolle mittels beweglicher Schranken des Aktionärsstimmrechts	3
III. Zum Begriff der materiellen Beschlusskontrolle	5
IV. Gang der Untersuchung	7
Erster Teil: Grundlagen der materiellen Beschlusskontrolle	9
§ 1. Geltungsgrund der materiellen Beschlusskontrolle	9
I. Der Gedanke der Korrelation von Rechtsmacht und Verantwortung	11
II. Das Postulat des Minderheitenschutzes und der Rechtsethik	12
III. Die Legitimation des Mehrheitsprinzips und ihr punktuelles Versagen	13
1. Legitimation des Mehrheitsprinzips	13
a) Formelle Legitimation	14
b) Materielle Legitimation	15
aa) Richtigkeitsgewähr durch Interessenausgleich?	15
bb) Richtigkeitsgewähr durch Interessengleichlauf	17
(1) Das Gesellschaftsinteresse als gemeinsames Ziel der Aktionäre	18
(2) Gesellschaftsinteresse und Gerechtigkeit	19
(a) Das „vollständige Unterschiedsprinzip“ (Schockenhoff)	20
(b) Stellungnahme	21
c) Zwischenergebnis	24
2. Punktuell Versagen der Legitimation des Mehrheitsprinzips als Geltungsgrund der materiellen Beschlusskontrolle	25
a) Verfolgung von Sonderinteressen	25
b) Eingriff in Mitgliedschaftsrechte der (Minderheits-)Aktionäre	27
c) Zweckneutrale und zweckändernde Beschlüsse	28
IV. Zusammenfassung und Folgerungen für den Fortgang der Untersuchung	28

§ 2. Anknüpfungspunkt der materiellen Beschlusskontrolle	30
I. Anknüpfung an die Organstellung der Hauptversammlung	30
II. Anknüpfung an die Stimmrechtsausübung der Aktionäre	31
1. Die herrschende Lehre	31
2. Das Stimmrecht als Recht auf Teilhabe an dem „idealen Ganzen“ (<i>Flume</i>)	32
III. Stellungnahme	33
1. Die Bedeutung des Interessenkonflikts zwischen Mehrheit und Minderheit	33
2. Die Erfassung des Interessenkonflikts nach den verschiedenen Ansichten	34
a) Der organschaftliche Ansatz	34
aa) Rechtsgeschäftlich begründete Rücksichtspflicht der Gesell- schaft (<i>Mülbert</i>)	35
bb) Treuepflicht der Gesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern (<i>Boese</i>)	35
b) Der stimmrechtsbezogene Ansatz <i>Flumes</i>	38
c) Der stimmrechtsbezogene Ansatz der herrschenden Lehre	39
d) Zwischenergebnis	39
3. Die Einordnung des Gleichbehandlungsgrundsatzes (§ 53a AktG) als originäre Stimmrechtsschranke	40
4. Stimmrechtsbezogene materielle Beschlusskontrolle und Passiv- legitimation der Gesellschaft (§ 246 II 1 AktG)	42
IV. Rechtsfolgen der Verletzung beweglicher Stimmrechtsschranken ...	43
1. Das Verfahren der Beschlussfassung	44
2. Die pflichtwidrige Stimmabgabe	45
a) Nichtigkeit der Stimme	45
b) Verwerfungskompetenz des Versammlungsleiters	47
3. Die Nichtigkeit bzw. Anfechtbarkeit des Beschlusses	49
a) Nichtigkeitsgründe (v. a. § 241 Nr. 4 AktG)	50
b) Anfechtungsgründe (v. a. § 243 I, II 1 AktG)	51
aa) Die Verletzung materieller Stimmrechtsschranken als Inhaltsfehler des Beschlusses?	51
bb) Die Berücksichtigung pflichtwidriger Stimmen bei der Fest- stellung des Abstimmungsergebnisses als Verfahrensfehler .	51
V. Zusammenfassung	53
§ 3. Historische Entwicklung der materiellen Beschlusskontrolle	55
I. Ausgangspunkt: Die Aktienrechtsnovelle von 1884	55
II. Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg	56
1. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts	56
a) Die anfänglich restriktive Handhabung des Sittengebots	56
b) Die Auflockerung des Sittengebots nach dem Ersten Weltkrieg .	59
c) Die „Victoria“-Entscheidung	61
d) Die Anerkennung der Treuepflicht (nur) gegenüber der Gesell- schaft	62
2. Die gesetzliche Fixierung des Sondervorteilsverbots (§ 197 II 1 AktG 1937)	63

3. Die Literatur	64
III. Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg	66
1. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	66
a) Der Grundsatz der Gleichbehandlung der Aktionäre	67
b) Das Erfordernis sachlicher Rechtfertigung	68
aa) Der Bezugsrechtsausschluss bei der Kapitalerhöhung als Paradigma	68
bb) Die Übertragbarkeit des Erfordernisses sachlicher Rechtfertigung auf weitere Beschlussgegenstände	70
(1) Der Bezugsrechtsausschluss beim genehmigten Kapital	70
(2) Die abhängigkeitsbegründende Befreiung von einem Wettbewerbsverbot?	72
(3) Sonstige Beschlussgegenstände?	73
cc) Zwischenergebnis	74
c) Die Treuepflicht zwischen den Aktionären	75
d) Das Verhältnis der einzelnen Stimmrechtsschranken zueinander	78
2. Die Literatur	80
IV. Zusammenfassung und Ausblick auf den Fortgang der Untersuchung	85

Zweiter Teil: Die beweglichen Schranken des Stimmrechts im Einzelnen . . . 89

§ 1. Gemeinschafts- und verfassungsrechtliche Vorgaben für die materielle Beschlusskontrolle 89

I. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben 90

1. Inhaltliche Vorgaben der Kapitalrichtlinie 90

2. Offenheit der Kapitalrichtlinie für strengere nationale Anforderungen 91

II. Verfassungsrechtliche Vorgaben 93

1. Schutz des Anteilseigentums durch Art. 14 I GG 93

2. Verfassungskonformität des aktienrechtlichen Mehrheitsprinzips 95

3. Die Notwendigkeit wirksamer Rechtsbehelfe gegen den Missbrauch der Mehrheitsmacht („Feldmühle“-Entscheidung des BVerfG) 96

4. Die besondere Struktur des Anteilseigentums als Argument für eine weitergehende Beschlusskontrolle? 98

III. Zusammenfassung 99

§ 2. Die Inhalts sittenwidrigkeit (§ 241 Nr. 4 AktG) 101

§ 3. Das Sondervorteilsverbot (§ 243 II 1 AktG) 103

I. Der Begriff und Inhalt des Sondervorteilsverbots 104

II. Das Verhältnis des Sondervorteilsverbots zur Bindung an den Gesellschaftszweck und zur mitgliedschaftlichen Treuepflicht 106

III. § 243 II 2 AktG als Ausdruck eines rein vermögensmäßig konzipierten Aktionärsschutzes? 109

1. Die Konzeption *Mülberts* (§ 243 II 2 AktG analog) 109

2. Stellungnahme 112

a) Die begrenzte Aussagekraft der gesetzlichen Ausgleichs- und Abfindungsvorschriften	112
b) Die verbandsrechtliche Systematik des Aktiengesetzes	114
IV. Zusammenfassung	119
§ 4. Das allgemeine Sittengebot (§ 138 I BGB)	121
§ 5. Der Gleichbehandlungsgrundsatz (§ 53a AktG)	123
I. Der Begriff der Ungleichbehandlung	124
1. Formale Ungleichbehandlung	125
2. Anwendbarkeit des § 53a AktG auf materielle Ungleichbehandlungen?	126
a) Meinungsstand	126
b) Stellungnahme	127
3. Beschränkung des § 53a AktG auf formale Ungleichbehandlungen und Gemeinschaftsrecht	132
4. Zwischenergebnis	133
II. Der Inhalt des Gleichbehandlungsgrundsatzes (Prinzip der relativen Gleichheit)	133
III. Gleichbehandlung der Aktionäre und Begünstigungen Dritter	137
IV. Das Verhältnis des Gleichbehandlungsgrundsatzes zur Treupflicht zwischen den Aktionären	137
V. Zusammenfassung	140
§ 6. Die Bindung der Aktionäre an den Gesellschaftszweck	141
I. Der Begriffs des Gesellschaftszwecks	142
1. Die Aktiengesellschaft als Zweckverband	142
2. Gesellschaftszweck und Gesellschaftsinteresse	143
3. Unternehmensgegenstand und Unternehmensziel als Elemente des Gesellschaftszwecks	143
4. Die Autonomie der Gesellschaft als Element des Gesellschaftszwecks?	145
II. Der Inhalt der Zweckbindung	147
1. Die Bindung an den Unternehmensgegenstand	147
2. Die Bindung an das Unternehmensziel	149
a) Die Bindung an das normtypische Gewinnziel als Rechtspflicht	149
aa) Gewinnmaximierung	149
bb) Gewinnmaximierung <i>versus</i> Marktwertmaximierung (<i>shareholder value</i>)	150
cc) Gewinnmaximierung <i>versus</i> Unternehmensinteresse (<i>stakeholder value</i>)	154
b) Richterliche Kontrolle der Zweckbindung und unternehmerisches Ermessen	157
aa) Unternehmerisches Ermessen des Vorstands	158
(1) Die <i>business judgement rule</i> (§ 93 I 2 AktG)	158
(2) Konsequenzen aus der <i>business judgement rule</i> für die Prüfung der Zweckbindung	159
(a) Abgestufter Prüfungsmaßstab	159

(b) Rationalität der Entscheidung (<i>rational business purpose test</i>)	160
(c) Entscheidung eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters (<i>entire fairness test</i>)	161
bb) Unternehmerisches Ermessen der Hauptversammlung	163
(1) Die <i>business judgement rule</i> als organübergreifende Regel	163
(2) Die Anwendung der <i>business judgement rule</i> auf Entscheidungen der Hauptversammlung	165
(a) Handeln frei von Interessenkonflikten	165
(b) Handeln auf der Grundlage angemessener Information	166
(3) Auswirkungen der <i>business judgement rule</i> auf die Beweislast	168
c) Zwischenergebnis	169
3. Zweckbindung und Zweckänderung	171
4. Zweckbindung und materielle Beschlusskontrolle im Konzern	177
a) Vertragskonzern	177
b) Faktischer Konzern	179
III. Der Rechtsgrund der Zweckbindung	182
IV. Das Verhältnis der Bindung an den Gesellschaftszweck zur Treuepflicht gegenüber der Gesellschaft	185
V. Zusammenfassung	189
§ 7. Die Treuepflicht zwischen den Aktionären	193
I. Die Treuepflicht aus rechtsökonomischer Sicht	194
II. Der Begriff der Treuepflicht	199
III. Die Adressaten der Treuepflicht	200
IV. Der Inhalt der Treuepflicht zwischen den Aktionären	202
1. Die unverhältnismäßige Ausübung des Stimmrechts als Hauptfall der Treuepflichtverletzung	203
a) Interessenabwägung im Einzelfall als Methode der Inhaltsbestimmung	203
b) Die Ermittlung der abwägungsrelevanten Interessen	204
aa) Gesellschaftsinteresse	204
bb) Mehrheitsinteresse	205
cc) Interessen der nachteilig betroffenen (Minderheits-)Aktionäre	206
(1) Die geschützten Interessen (sachlicher Schutzbereich)	206
(2) Die geschützten Personen (persönlicher Schutzbereich)	207
c) Die Interessengewichtung	210
aa) Zweckverfolgungsnähe	210
bb) Gesetzliche Anhaltspunkte für die Bewertung der Aktionärsinteressen	210
cc) Realstruktur der Gesellschaft	211
(1) Die personalistische Aktiengesellschaft	212
(2) Die These vom Maß der Verantwortung, das dem Maß des Einflusses zu entsprechen habe	213
(3) Der Charakter der individuellen Beteiligung	214

d) Die Interessenabwägung: Die Treuepflichtverletzung als Ausnahmefall	215
aa) Die Figur der Argumentationslast	216
bb) Praktische Schwierigkeiten der Abwägung	217
cc) Unternehmerisches Ermessen	218
dd) Treuepflicht zwischen den Aktionären und formalisiertes aktienrechtliches Regelungsgefüge	219
e) Zwischenergebnis	221
2. Die gesetzeszweckwidrige oder aufgrund sonstiger Umstände rechtlich missbilligte Ausübung des Stimmrechts	223
V. Die Rechtsgrundlage der Treuepflicht zwischen den Aktionären	225
1. Entstehungsgrundlage	226
a) Fortbestehendes Vertragsverhältnis zwischen den Gesellschaftern (auch) der Kapitalgesellschaft?	227
aa) Das Verhältnis zwischen den Gesellschaftern im GmbH-Recht (<i>Ballerstedt, Martens</i>)	227
bb) Der Fortbestand des Vertragsverhältnisses zwischen den Gesellschaftern als verbandsformübergreifendes Konzept (<i>Hüffer u. a.</i>)	228
b) Die Treuepflicht zwischen den Aktionären als gesetzlich begründete Pflicht	231
aa) Die Treuepflicht als deliktsrechtliche Pflicht (<i>Mertens</i>)	231
bb) Die Treuepflicht auf Grundlage einer gesetzlichen Sonderverbindung zwischen den Aktionären	232
(1) Sonderverbindung aufgrund gegenseitiger Einwirkungsmöglichkeiten	232
(a) Meinungsstand	232
(b) Stellungnahme	234
(2) Die Sonderverbindung als Zweckverbindung	236
(3) Einheitlicher Lösungsweg für Personen- und Kapitalgesellschaften (Lehre vom einheitlichen gesetzlichen Schutzverhältnis)	237
c) Zwischenergebnis	239
2. Rechtsgrundlage	240
a) Die Treuepflicht als Generalklausel	240
b) Die Treuepflicht als Ausfluss der Förderpflicht des § 705 BGB?	241
c) Der Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB)	242
aa) „Allgemeiner“ Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB) oder „gesteigerte“ Treuepflicht aufgrund richterrechtlicher Generalklausel?	242
bb) Einordnung der Treuepflicht in die Funktionskreise des § 242 BGB	247
(1) Die Funktionskreise des § 242 BGB	248
(2) Die pflichtenbegründende Funktion der Treuepflicht	249
(3) Die rechtsbeschränkende Funktion der Treuepflicht: Die treuwidrige Stimmabgabe als Fall des individuellen Rechtsmissbrauchs	250

cc) Fallgruppenbildung	254
(1) Die unverhältnismäßige Ausübung des Stimmrechts	255
(2) Die gesetzeszweckwidrige Ausübung des Stimmrechts	256
(a) Auflösungsbeschlüsse (§ 262 I Nr.2 AktG)	256
(b) <i>Squeeze-out</i> -Beschlüsse (§ 327a ff. AktG)	258
(c) Beschlüsse nach dem Umwandlungsgesetz	261
(3) Die aufgrund sonstiger Umstände rechtlich missbilligte Ausübung des Stimmrechts	262
(4) Insbesondere: Treuepflicht zwischen den Aktionären und Ausschluss des Bezugsrechts	262
d) Zwischenergebnis	264
VI. Darlegungs- und Beweislast	266
VII. Das Verhältnis der Treuepflicht zwischen den Aktionären zur Bindung an den Gesellschaftszweck und zur Treuepflicht gegenüber der Gesellschaft	267
VIII. Zusammenfassung	269
§ 8. Das Erfordernis sachlicher Rechtfertigung	273
I. Der Begriff des Erfordernisses sachlicher Rechtfertigung	274
II. Der Wille des Gesetzgebers	274
1. Die Berichtspflicht gemäß § 186 IV 2 AktG	274
2. Der vereinfachte Bezugsrechtsausschluss gemäß § 186 III 4 AktG	276
3. Die Gesetzesbegründung zu § 71 I Nr. 8 S. 5 AktG	277
4. Die Gesetzesbegründung zu § 13 UmwG	279
5. Zwischenergebnis	280
III. Der Inhalt des Erfordernisses sachlicher Rechtfertigung	281
1. Förderung des Gesellschaftsinteresses	282
2. Geeignetheit	283
3. Erforderlichkeit	283
4. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinn	285
5. Darlegungs- und Beweislast	287
IV. Anwendungsbereich des Erfordernisses sachlicher Rechtfertigung	287
V. Der Rechtsgrund des Erfordernisses sachlicher Rechtfertigung	291
1. Die Eigentumsgarantie des Art. 14 I GG	291
2. Der Eingriffsgedanke	292
3. Die Treuepflicht zwischen den Aktionären	296
4. Das Erfordernis sachlicher Rechtfertigung als Fall der Inhaltskontrolle (im engeren Sinne)	299
a) Inhaltskontrolle im Vertragsrecht	299
b) Inhaltskontrolle von Mehrheitsbeschlüssen im Aktienrecht	302
aa) Der institutionelle Missbrauch des Mehrheitsprinzips (<i>Hüffer</i>)	302
bb) Stellungnahme	302
5. Zwischenergebnis	307
VI. Das Erfordernis sachlicher Rechtfertigung als Fremdkörper im aktienrechtlichen System der Beschlusskontrolle	308
1. Widerspruch zum Geltungsgrund der materiellen Beschlusskontrolle	309

2. Unvereinbarkeit mit der Anerkennung des unternehmerischen Ermessens	309
3. Konflikt mit dem formalisierten aktienrechtlichen Regelungsgefüge	311
4. Missachtung rechtsökonomischer Anforderungen	313
VII. Zusammenfassung	314
§ 9. Zusammenfassung der Ergebnisse	319
Literaturverzeichnis	329